

Handbuch des Auskunftsverkehrs in Steuersachen

Von

Prof. Dr. iur. Michael Stahlschmidt
M.R.F., LL.M., MBA, Rechtsanwalt

und

Dr. iur. Ralf Laws
Rechtsanwalt und Notar,
Fachanwalt für Arbeitsrecht,
Fachanwalt für Steuerrecht,
Fachberater für Unternehmensnachfolge

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 11429 0](http://ESV.info/9783503114290)

ISBN 978 3 503 11429 0

ISSN 1865-4185

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2009

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek
und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und
entspricht sowohl den strengen Bestimmungen
der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/11 p Stempel Garamond

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Danuvia, Neuburg

Vorwort

Der Auskunftsverkehr in Steuersachen ist in einer Welt, in der die räumlichen Grenzen eines Staates keine Bedeutung mehr für die Wertschöpfung haben, von elementarer Bedeutung. Da die Befugnisse der Verwaltungen der Nationalstaaten an den Landesgrenzen enden, müssen bi- und multilaterale Vereinbarungen geschlossen werden, die die Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg möglich machen.

Dies belegen die Äußerungen der Haushalts- und Finanzminister von 17 OECD-Mitgliedstaaten anlässlich der Pariser Konferenz am 21.10. 2008 im Monatsbericht des BMF November 2008, 68. Einhellige Meinung war u.a., dass keine neuen oder revidierten Doppelbesteuerungsabkommen mit Staaten abgeschlossen werden, die die OECD-Standards nicht akzeptieren. Dabei wurden als denkbare Maßnahmen gegen die Verweigerung der Anwendung von OECD-Standards zur Transparenz und zum Auskunftsverkehr genannt:

- die Aussetzung der Steuerbefreiung von Dividenden,
- die Einschränkung des Betriebsausgabenabzugs bei Geschäftsbeziehungen und
- die Versagung der Entlastung von deutschen Abzugsteuern, wenn Dividenden und Lizenzgebühren an Gesellschaften gezahlt werden, deren Anteilseigner in solchen Staaten ansässig sind.

Da die Regelungen zum Auskunftsverkehr in Steuersachen nicht nur weit verstreut sondern auch unübersichtlich sind, umfasst das vorliegende Handbuch nicht nur eine Kommentierung der einschlägigen Vorschriften sondern auch eine Vorschriftensammlung.

Bei der Zusammenstellung der Rechtsgrundlagen sind die aus unserer Sicht wichtigsten berücksichtigt. Es kam uns darauf an, ein Werk zu schaffen, dass zum einen die Gesetzes- und Abkommenstexte wiedergibt und zum anderen den Stand der Rechtsentwicklung aufzeigt und ggf. kritisch hinterfragt.

Rechtsprechung und Literatur wurden bis zum 31.12. 2008 berücksichtigt.

Das vorliegende Handbuch wendet sich zwar primär an den Praktiker im Bereich der beratenden Berufe und an Gerichte, Finanzverwaltung, Unternehmen, darüber hinaus aber auch an jeden Rechtssuchenden, der sich mit den Fragen des Auskunftsverkehrs zu beschäftigen hat.

Hinweise und Anregungen seitens der Leserschaft sind uns ebenso willkommen wie konstruktive Kritik.

Zu danken haben wir unseren Familien für die in jedweder Hinsicht gewährte Unterstützung. Dank gebührt aber auch dem Verlag, der sich dieses Projektes angenommen hat. Ebenso haben wir den Mitarbeitern, unter ihnen insbesondere

Vorwort

Frau Dr. Teuchert-Pankatz, für die zahlreichen Anregungen und die Begleitung zu danken.

Möge das Werk seinen Platz in der steuerrechtlichen Literatur finden.

Medebach/Brilon, im Januar 2009

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	21
Kapitel 1: Einleitung (Laws)	25
Kapitel 2: Überblick über die Rechtsgrundlagen (Laws).....	29
A. Allgemein	29
B. Gliederung der verschiedenen Rechtsgrundlagen	30
I. Überblick	30
II. Doppelbesteuerungsabkommen	30
III. Amts- und Rechtshilfevereinbarungen	31
IV. EG-Amtshilfe-Richtlinie und EG-Amtshilfe-Gesetz	31
V. Auskunfts austausch ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften (§ 117 Abs. 1 und Abs. 3 AO)	31
Kapitel 3: Nationales Recht (Laws)	33
A. Umfang und Anwendungsbereich der nationalen Norm	33
B. Formen der Rechts- und Amtshilfe	35
I. Inanspruchnahme zwischenstaatlicher Amtshilfe durch deutsche Finanzbehörden gegenüber ausländischen Finanzbehörden	35
1. Allgemeine Voraussetzungen der Inanspruchnahme der Amtshilfe nach deutschem Recht	36
a. Maßgebliche Rechtsgrundlagen	36
b. Die Allgemeinen Voraussetzungen der Inanspruchnahme der Amtshilfe nach deutschem Recht im Einzelnen	37
aa. Auskünfte zur Durchführung der Besteuerung	37
bb. Erforderlichkeit zur Durchführung der Besteuerung	38
cc. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Zumutbarkeit	39
dd. Subsidiarität des zwischenstaatlichen Amtshilfeersuchens ..	40
c. Allgemeine Voraussetzungen und Grenzen nach den speziellen Amtshilfenvorschriften	48
d. Weitere Voraussetzungen und mögliche Hinderungsgründe ..	49
aa. Information aus dem Ausland	49
bb. Inanspruchnahme einer Information aus dem Ausland	49
cc. Hinderungsgrund eingeleitetes Steuerstrafverfahren	49
dd. Hinderungsgrund Steuergeheimnis	50
ee. Hinderungsgrund Wahrung von Betriebs- und Geschäfts- geheimnissen	51

ff.	Amtshilfeberechtigung und Verpflichtung der ausländischen Behörde	51
2.	Rechtsfolge Ermessen	52
3.	Anderweitige Formen der Inanspruchnahme von Amtshilfe durch deutsche Finanzbehörden	52
a.	Ersuchen um Dreiecksauskünfte	52
b.	Inanspruchnahme der Amtshilfe im Wege der Kulanzauskünfte	53
c.	Amtshilfe durch ausländische spontane und/oder automatische Auskünfte	53
II.	Leistung zwischenstaatlicher Amtshilfe durch deutsche Finanzbehörden gegenüber ausländischen Finanzbehörden	54
1.	Leistung zwischenstaatlicher Amtshilfe durch deutsche Finanzbehörden auf Grund spezieller Rechtsgrundlagen (§ 117 Abs. 2 AO)	54
a.	Spezielle Rechtsgrundlagen	54
b.	Rechtsgrundlagen im Einzelnen	54
aa.	DBA für Steuern vom Einkommen und Vermögen	54
bb.	Völkerrechtliche Sonderabkommen	56
cc.	Verordnungen und umgesetzte Richtlinien der EU	56
c.	Rechtsfolge des § 117 Abs. 2 AO	57
aa.	Verpflichtung zur Amtshilfe	57
bb.	Umfang der Hilfeleistung	58
d.	Grenzen der Amtshilfepflicht	58
aa.	Aus der Rechtsgrundlage selbst folgende Grenzen der Amtshilfepflicht	58
bb.	Aus dem innerstaatlichen Recht folgende Grenzen der Amtshilfepflicht	59
e.	Beschränkung der Amtshilfepflicht durch das – deutsche – Steuergeheimnis	61
f.	Anderweitige Formen der Leistung von Amtshilfe durch deutsche Finanzbehörden auf Grund spezieller Rechtsgrundlagen	62
aa.	Erteilung von Dreiecksauskünften	62
bb.	Auskunftsaustausch bei Dreiecksverhältnissen und mit mehreren Staaten	64
2.	Leistung zwischenstaatlicher Amtshilfe durch deutsche Finanzbehörden auf Grund Kulanz (§ 117 Abs. 3 AO)	65
a.	Das Verhältnis des § 117 Abs. 3 AO zu § 117 Abs. 2 AO	65
aa.	Fehlende völkerrechtliche Vereinbarung oder sonstige Rechtsgrundlage	65
bb.	Existente „engere“ Rechtsgrundlage	65
b.	Die Voraussetzungen des § 117 Abs. 3 Satz 1 AO	67
aa.	Ersuchen	67
bb.	Die Voraussetzungen des § 117 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1–4 AO	68

c.	Rechtsfolge Ermessen.....	81
d.	Erteilung von Dreiecksauskünften im Kulanzwege.....	83
aa.	Informationsbeschaffung für den ersuchenden Staat bei einem Drittstaat	83
bb.	Inanspruchnahme als Drittstaat	83
e.	Folgen rechtswidrig erteilter Kulanzauskunft.....	83
III.	Besondere Zuständigkeit.....	84
IV.	Ermächtigungsgrundlage (§ 117 Abs. 5 AO)	84
Kapitel 4:	Doppelbesteuerungsabkommen (Stahlschmidt)	85
A.	Vorbemerkung	85
B.	Charakter der Norm	87
C.	Umfang der Auskünfte.....	88
I.	Allgemeines.....	88
II.	Kleine Auskunfts Klausel	89
III.	Große Klausel	92
D.	Formen des Auskunftsverkehrs	93
I.	Auskünfte auf Ersuchen	93
II.	Auskünfte ohne Ersuchen	93
1.	Automatische Auskünfte	94
2.	Spontanauskünfte.....	94
E.	Zuständige Behörden.....	95
F.	Gegenseitigkeit.....	96
G.	Information.....	96
H.	Erforderlichkeit	97
I.	Betroffener Personenkreis.....	99
J.	Grenzen des Informationsaustausches	99
I.	Internationales Steuergeheimnis.....	99
II.	Begrenzung der Informationsermittlung	101
1.	Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen	101
2.	Beschaffbarkeit der Informationen	101
3.	Schutz des Geschäftsgeheimnisses.....	102
4.	ordre public – Öffentliche Ordnung.....	107
Kapitel 5:	EU-Richtlinie (Stahlschmidt)	109
A.	Historische Entwicklung	109
B.	Betroffene Steuern	112
C.	Arten der Auskünfte	112
I.	Auskünfte auf Ersuchen	113
II.	Automatische Auskünfte	113
III.	Spontanauskünfte.....	113
D.	Hinzuziehung von Bediensteten der Steuerverwaltung des interessierten Staates.....	114
E.	Steuergeheimnis	114
F.	Grenzen.....	115
G.	Zustellung.....	115

H.	Gleichzeitige Prüfungen	115
I.	Konsultationen – Erfahrungsaustausch	116
J.	Verhältnis zu weitergehenden Beistandspflichten	116
K.	Anhörungsrechte, Rechtsschutz	116
Kapitel 6: EG-Amtshilfe-Gesetz (EGAHiG) (Stahlschmidt)		117
A.	Einführung	117
B.	Anwendungsbereich	117
C.	Betroffene Steuern	118
D.	Zweck	118
I.	Betroffene Personen	119
II.	Erheblichkeit der Information	119
III.	Verhältnis zu anderen Rechtsgrundlagen	120
IV.	Zuständige Behörde	120
V.	Hinzuziehung von Bediensteten anderer Mitgliedstaaten	120
E.	Arten der Auskünfte	120
I.	Auskünfte auf Ersuchen	121
II.	Spontanauskünfte	121
1.	Steuerverkürzung (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 EGAHiG)	122
2.	Steuerungumgehung über dritte Staaten (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 EGAHiG) .	123
3.	Belastungsverschiebung bei Gewinnabgrenzung (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 EGAHiG)	123
4.	Auswirkung einer Steuerverkürzung/Steuerbefreiung im Empfänger-Mitgliedstaat (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 EGAHiG)	124
5.	Rückmeldungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 EGAHiG)	124
III.	Automatische Auskünfte (§ 2 Abs. 3 EGAHiG)	125
F.	Auskunftsverbote (§ 3 EGAHiG)	126
I.	Beschränkungen durch das nationale Recht (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 EGAHiG)	126
1.	Verstoß gegen die öffentliche Ordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 EGAHiG)	126
2.	Datenschutz (§ 3 Abs. 1 Nr. 3a EGAHiG)	126
3.	Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 EGAHiG)	127
II.	Auskunftsverweigerungsrechte (§ 3 Abs. 2 EGAHiG)	127
1.	Verstoß gegen Subsidiaritätsprinzip (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 EGAHiG)	127
2.	Fehlende Gegenseitigkeit (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 EGAHiG)	127
3.	Unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 EGAHiG)	127
4.	Gefährdung eigener Aufgaben (§ 3 Abs. 2 Nr. 4 EGAHiG)	127
G.	Anhörungsrechte, Rechtsschutz	127
H.	Geheimhaltung (§ 4 EGAHiG)	128
Kapitel 7: Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen Straßburg/Strasbourg vom 25. 1. 1988 (Stahlschmidt) ..		129
A.	Einleitung	129

B.	Geltungsbereich des Übereinkommens.	130
I.	Persönlicher Geltungsbereich.	130
II.	Sachlicher Anwendungsbereich	130
C.	Vorgesehene Maßnahmen des Abkommens	130
D.	Begriffsbestimmungen	131
E.	Informationsaustausch.	131
I.	Allgemeines.	131
II.	Formen des Informationsaustausches	131
F.	Zeitlich abgestimmte Steuerprüfungen – simultane Prüfungen . .	132
G.	Steuerprüfungen im Ausland	133
H.	Beitreibung	133
I.	Zustellung von Schriftstücken	133
J.	Grenzen der Amtshilfe	134
I.	Ablehnung eines Ersuchens	134
II.	Ablehnung eines Amtshilfeersuchens	134
III.	Schutz der Personen	134
IV.	Steuergeheimnis	134
K.	Rechtsbehelfe	135
L.	Ratifizierte Staaten.	135
Kapitel 8: Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungs-		
behörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern (Stahlschmidt)		137
A.	Einleitung	137
B.	Anwendungsbereich	138
C.	Betroffene Steuern	139
D.	Arten der Auskünfte	139
I.	Auskünfte auf Ersuchen nach Art. 5 EG-Verwaltungs-	
	zusammenarbeit-VO	139
II.	Auskünfte ohne Ersuchen	140
1.	Automatischer Informationsaustausch nach Art. 17	
	EG-Verwaltungszusammenarbeit-VO.	140
2.	Spontanaustausch nach Art. 19 des Abkommens	141
E.	Weitere Maßnahmen	141
I.	Anwesenheit fremder Beamter nach Art. 11	
	EG-Verwaltungszusammenarbeit-VO.	141
II.	Gleichzeitige Prüfungen nach Art. 12 ff.	
	EG-Verwaltungszusammenarbeit-VO.	142
III.	Zustellungsersuchen nach Art. 14 ff.	
	EG-Verwaltungszusammenarbeit-VO.	142
F.	Drittland-Informationen.	142
G.	Grenzen.	143
H.	Steuergeheimnis	143
Kapitel 9: Die Zuständigkeiten, Amtshilfeweg, Anhörung,		
Rechtsmittel (Laws).		145
A.	Die Zuständigkeiten	145

I.	Allgemeines zur Organisation der Finanzverwaltung	145
II.	Die Zuständigkeiten im Amtshilfeverkehr mit ausländischen Behörden	146
1.	Originäre Zuständigkeit für den Verkehr mit ausländischen Finanzbehörden	146
2.	Bundeszentralamt für Steuern (BZSt)	146
3.	Landesfinanzbehörden	147
4.	Delegation von Zuständigkeiten nach § 1a Abs. 2 Satz 2 EGAHiG	147
5.	Unmittelbarer Verkehr mit Österreich	148
B.	Der Amtshilfeweg	148
I.	Auskunftsersuchen an ausländische Finanzbehörden	149
1.	Entscheidung über die Einleitung des Auskunftsverfahrens	149
2.	Einleitung des Auskunftsverfahrens auf dem Dienstweg	149
3.	Voranfrage	150
4.	Form des Auskunftsersuchens	150
5.	Art der Übermittlung	150
6.	Begründung des Auskunftsersuchens	151
7.	Übersetzungen	152
8.	Amtshilfeverfahren und Festsetzungsverjährung	152
9.	Entsendung von deutschen Bediensteten in andere Staaten	153
10.	Erledigung des Auskunftsersuchens	153
a.	Anschlussersuchen/Richtigstellung	154
b.	Verwertung der erteilten Informationen	154
II.	Auskunftsersuchen an deutsche Finanzbehörden	155
1.	Zuständigkeit für die Entgegennahme eines ausländischen Auskunftsersuchen an die deutschen Finanzbehörden	155
2.	Form des ausländischen Auskunftsersuchens	155
3.	Begründung des ausländischen Auskunftsersuchens	156
4.	Zulässigkeitsprüfung des ausländischen Auskunftsersuchens	156
a.	Prüfungsbefugnis der deutschen Finanzbehörden bei ausländischen Auskunftsersuchen nach § 117 Abs. 2 AO	156
b.	Prüfungsbefugnis der deutschen Finanzbehörden bei ausländischen Kulanz-Auskunftsersuchen nach § 117 Abs. 3 AO	157
5.	Einhaltung des Dienstweges	158
6.	Durchführung/Erledigung des Auskunftsersuchens	159
a.	Ermittlungsbefugnisse	159
b.	Verfahren	160
c.	Außenprüfung	161
d.	Anwesenheit von Bediensteten anderer Staaten im Inland	161
7.	Die „Rückmeldung“ der Vornahmebehörde	162
a.	Zwischenmitteilung	162
b.	Antwort	163
c.	Gegenersuchen	163

d.	Kosten	163
8.	Weitergabe durch die deutschen Finanzbehörden.....	164
III.	Auskünfte ausländischer Finanzbehörden ohne Ersuchen.....	164
IV.	Auskünfte deutscher Finanzbehörden ohne Ersuchen.....	164
1.	Verfahren.....	164
2.	Auskünfte im Einzelfall (Spontanauskünfte)	165
3.	Grenzen der Auskunftserteilung	166
4.	Automatische Auskünfte	167
C.	Anhörung	167
I.	Anhörung des/der Beteiligten bei der Inanspruchnahme zwischenstaatlicher Amtshilfe	167
1.	Anhörung vor der Inanspruchnahme zwischenstaatlicher Amtshilfe.....	168
a.	Meinungsstand	168
b.	Entscheidung des Meinungsstreites	169
2.	Anhörung des Beteiligten nach Inanspruchnahme zwischenstaatlicher Amtshilfe	170
II.	Anhörung des/der Beteiligten bei der Gewährung zwischenstaatlicher Amtshilfe	170
1.	Grundsätzliches	170
2.	Praktische Abwicklung.....	171
3.	Inländischer Beteiligter	172
4.	Gegenstand der Anhörung	172
5.	Folgen unterbliebener Anhörung	173
III.	Anhörung des/der Beteiligten bei der Gewährung zwischen- staatlicher Amtshilfe im Wege der automatischen Auskünfte ...	173
IV.	Zuständigkeit, Form und Frist der Anhörung.....	173
1.	Zuständigkeit	173
2.	Form	173
3.	Frist	174
D.	Rechtsbehelfe	174
I.	Rechtsbehelfe des inländischen Beteiligten gegen die Inanspruchnahme ausländischer Amtshilfe	174
II.	Rechtsbehelfe des inländischen Beteiligten gegen die Gewährung von Amtshilfe	175
1.	Behandlung von Einwendungen	175
2.	Verfahren und Rechtsbehelfe	176
3.	Passivlegitimation.....	177
	Kapitel 10: Länderberichte (Stahlschmidt)	179
	Ägypten	179
	Argentinien	180
	Armenien	180
	Aserbaidshon	180
	Australien.....	183
	Bangladesch.....	184

Inhaltsverzeichnis

Belgien	184
Bolivien	187
Bosnien-Herzegowina	189
Brasilien	190
Bulgarien	190
Chile	191
China	191
Dänemark	192
Ecuador	201
Elfenbeinküste	202
Estland	203
Finnland	208
Frankreich	213
Ghana	218
Griechenland	221
Großbritannien	222
GUS	223
Indien	223
Indonesien	225
Iran	225
Irland	226
Island	227
Israel	228
Italien	228
Jamaika	233
Japan	234
Jugoslawien	234
Kanada	236
Kasachstan	237
Kenia	239
Kirgisistan	240
Kolumbien	241
Korea	241
Kroatien	243
Kuwait	244
Lettland	245
Liberia	247
Liechtenstein	248
Litauen	250
Luxemburg	255
Malaysia	258
Malta	259
Marokko	261
Mauritius	262
Mazedonien	262

Mexiko	263
Moldawien (Moldau)	264
Mongolei	264
Namibia	265
Neuseeland	267
Niederlande	267
Norwegen	276
Österreich	277
Pakistan	286
Philippinen	288
Polen	289
Portugal	291
Rumänien	292
Russland	293
Sambia	294
Schweden	295
Schweiz	300
Simbabwe	315
Singapur	316
Slowakei	317
Spanien	317
Sri Lanka	319
Südafrika	319
Tadschikistan	320
Thailand	322
Trinidad/Tobago	323
Tschechien	324
Türkei	329
Tunesien	331
Turkmenistan	331
Ukraine	331
Ungarn	333
Uruguay	337
USA	338
Usbekistan	341
Vereinigte Arabische Emirate	343
Venezuela	344
Vietnam	345
Weißrussland (Belarus)	347
Zypern	348
Kapitel 11: Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungs- behörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer (Stahlschmidt)	349
A. Einleitung	349
B. Anwendungsbereich	350
C. Arten der Auskünfte	353

I.	Auskünfte auf Ersuchen, (Art. 5 EG-AmtshilfeVO Mehrwertsteuer)	353
II.	Auskünfte ohne Ersuchen	354
1.	Methoden der Auskünfte	354
a.	Automatischer Informationsaustausch (Art. 17 EG-AmtshilfeVO Mehrwertsteuer)	354
b.	Spontanaustausch, (Art. 19 EG-AmtshilfeVO Mehrwertsteuer)	355
2.	Besondere Fälle	355
a.	Kategorien	355
b.	Unterkategorien	355
aa.	Informationen über nicht im Inland ansässige Steuerpflichtige	355
bb.	Informationen über neue Fahrzeuge	356
cc.	Informationen über Fernverkäufe, die nicht im Ursprungsmitgliedstaat der MwSt. unterliegen	356
dd.	Informationen über mutmaßlich unvorschriftsmäßige innergemeinschaftliche Umsätze	356
ee.	Informationen über potenzielle „Missing Traders“	357
D.	Weitere Maßnahmen	357
I.	Anwesenheit in den Amtsräumen der Behörden und Teilnahme an behördlichen Ermittlungen nach Art. 11 EG-AmtshilfeVO Mehrwertsteuer	357
II.	Gleichzeitige Prüfungen nach Art. 12 ff. EG-AmtshilfeVO Mehrwertsteuer	357
III.	Zustellungersuchen nach Art. 14 ff. EG-AmtshilfeVO Mehrwertsteuer	358
E.	Drittland-Informationen	358
F.	Grenzen	358
G.	Steuergeheimnis	359
	Kapitel 12: Die EU-Zinsrichtlinie (Laws)	363
A.	Rechtliche Grundlagen	363
B.	Regelungsinhalt der EUZinsRL/ZIV	364
C.	Informationsaustausch nach der EUZinsRL/ZIV	365
I.	Auskunftserteilung nach Art. 8 Abs. 1 EUZinsRL bzw. § 8 ZIV	365
1.	Inländische Zahlstelle (§ 4 ZIV)	365
a.	Grundform der Zahlstelle	366
b.	Sonderfälle der Zahlstelle	367
aa.	Sonstige Einrichtungen als Zahlstellen kraft Vereinnahmung (§ 4 Abs. 2 ZIV)	367
bb.	Wahlrecht zur Behandlung als OGAW (§ 4 Abs. 3 ZIV) ...	369
c.	Prüfschema Zahlstelle	370
2.	Zinszahlung (§ 6 ZIV)	370
a.	Von der ZIV erfasste Zinsen	370
b.	Nicht von der ZIV erfasste Zinsen	372

aa.	Räumlicher Geltungsbereich der ZIV	372
bb.	Erträge aus Lebensversicherungen	372
cc.	Unterschreitung des Schwellenwertes	373
dd.	Ausnahmen für bestimmte Anleihen nach § 15 ZIV	373
3.	Wirtschaftlicher Eigentümer (§ 2 ZIV)	373
a.	Definition des wirtschaftlichen Eigentümers	373
b.	Ermittlung der Identität des wirtschaftlichen Eigentümers (§ 3 ZIV)	375
aa.	Vor dem 1.1.2004 begründete Vertragsbeziehungen	375
bb.	Nach dem 1.1.2004 begründete Vertragsbeziehungen	376
cc.	Andere Person	376
c.	Ermittlung des Wohnsitzes des wirtschaftlichen Eigentümers (§ 3 ZIV)	376
aa.	Vor dem 1.1.2004 begründete Vertragsbeziehungen	377
bb.	Nach dem 1.1.2004 begründete Vertragsbeziehungen	377
II.	Das Meldeverfahren	378
1.	Zuständige Behörde	378
2.	Inhalt der Auskunft	379
a.	Angaben nach § 8 ZIV	379
b.	Angaben nach § 4 Abs. 1 Satz 3 ZIV	380
3.	Informationswege und zeitliche Vorgaben	380
4.	Technische Abwicklung des Meldeverfahrens	381
5.	„Altjahre“	382
D.	Auswirkung auf die Erklärungspflicht des Steuerpflichtigen	382
E.	Zwischenstaatliche Auskunftsverkehr mit den sog. Koexistenz-Staaten	382
F.	Änderung der EU-Zinsrichtlinie	383
I.	Vorgeschichte	383
II.	Festgestellte Probleme und Handlungsbedarf	384
III.	Lösung	385
IV.	Voraussetzungen einer Änderung	386
	Kapitel 13: Zwischenstaatliche Amtshilfe bei der Steuererhebung (Beitreibung) (Laws)	387
A.	Überblick über die Rechtsgrundlagen	387
I.	EG-Beitreibungsrichtlinie (EGBeitrRL) und EG-Beitreibungs- gesetz (EGBeitrG)	388
II.	DBA	388
III.	Amts- und Rechtshilfeabkommen	388
IV.	Verhältnis der Regelungen zueinander	389
V.	BMF-Merkblatt	389
B.	Anwendungsbereich des EGBeitrG	389
C.	Arten der Amtshilfeersuchen	390
D.	Voraussetzungen der Auskunftserteilung	390
I.	Beteiligte Behörden	391
II.	Antrag	391

III.	Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 EGBetrG	391
IV.	Forderungshöhe/Mindestbeträge	391
E.	Art und Umfang der zu erteilenden Auskünfte.....	392
F.	Grenzen der Auskunftserteilung	393
I.	Grenzen der Auskunftserteilung nach dem EGBetrG.....	393
II.	Steuergeheimnis	393
III.	Sonstiger Geheimhaltungsschutz	394
IV.	Datenschutz	394
V.	Allgemeine Grundsätze des internationalen Auskunftsverkehrs .	394
G.	Zuständigkeit	395
I.	Ausgehende Ersuchen	395
II.	Eingehende Ersuchen	395
III.	Ausnahmen	396
H.	Auskunftserteilungsverfahren.....	396
I.	Auskunftersuchen.....	397
II.	Sprache	398
III.	Zurücknahme des Auskunftersuchen.....	398
IV.	Form und Übermittlung des Auskunftersuchens (und der Informationen)	398
V.	Eingangsbestätigung.....	399
VI.	Vom Auskunftersuchen erfasste Personen	399
VII.	Prüfung des Ersuchens	400
1.	Durchführung des Auskunftersuchens	400
a.	Beschaffung der notwendigen Informationen	400
b.	Weitergabe der beschafften Informationen und Unterrichtungspflichten.....	400
2.	Ablehnung des Auskunftersuchens	401
a.	Ablehnung des Auskunftersuchens nach Art. 14 EGBetrRL.....	401
b.	Ablehnung des Auskunftersuchens aus sonstigen Gründen	401
X.	„Ergebnismeldung“	402
Kapitel 14: Konkurrenzen (Stahlschmidt)		403
A.	Einleitung	403
B.	Konkurrenzen bezüglich der Anspruchsgrundlage	403
I.	Amts- und Rechtshilfeverträge – DBA.....	403
II.	Verhältnis Amts- und Rechtshilfeverträge und DBA – EGAHiG	403
III.	Verhältnis § 117 AO – Internationale Vorschriften	404
C.	Konkurrenzen bezüglich der Auskunftsverbote	404
D.	Konkurrenzen bezüglich des Steuergeheimnisses	405
Kapitel 15: Zwischenstaatliche Rechtshilfe in Steuerstrafsachen (Stahlschmidt)		407
A.	Einleitung	407
B.	Rechtsgrundlagen der Rechtshilfe	407

I.	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (EuRhÜbk)	407
II.	Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-RhÜbk) und Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	408
III.	Bilaterale Rechtshilfeabkommen	409
IV.	Rechtshilfe ohne völkerrechtliche Vereinbarung	410
C.	Konkurrenzen	410
D.	Steuergeheimnis	411
E.	Zuständigkeiten	411
F.	Umfang des zwischenstaatlichen Rechtshilfeverkehrs	411
G.	Durchführung der Rechtshilfe	412
H.	Grenzen der Rechtshilfe	412
I.	Rechtsschutz	413
	Kapitel 16: Aktuelle Entwicklungen (Stahlschmidt)	415
	Andorra	416
	Bahamas	416
	Guernsey	416
	Hongkong	416
	Isle of Man	416
	Jersey	417
	Liechtenstein	417
	Macao	417
	Monaco	417
	Österreich	417
	San Marino	418
	Schweiz	418
	Singapur	418
	Anlagen	419
	Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen	421
	Merkblatt des BMF vom 25. Januar 2006 zur zwischenstaatlichen Amtshilfe durch Auskunftsaustausch in Steuersachen	432
	Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen	475
	Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen	483
	§ 117 AO: Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen ..	490
	Richtlinie 77/799/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 über die Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten Steuern und der Steuern auf Versicherungsprämien	492

Inhaltsverzeichnis

Richtlinie 2002/94/EG der Kommission vom 9. Dezember 2002 zur Festlegung ausführlicher Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Artikeln der Richtlinie 76/308/EWG über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen im Zusammenhang mit bestimmten Abgaben, Zöllen, Steuern und sonstigen Maßnahmen. .	505
Richtlinie 2008/55/EG des Rates vom 26. Mai 2008 über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen	519
Gesetz zur Durchführung der EG-Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe im Bereich der direkten Steuern, bestimmter Verbrauchsteuern und der Steuern auf Versicherungsprämien (EG-Amtshilfe-Gesetz – EGAHiG)	530
Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen	536
Verordnung (EG) Nr. 1798/2003 des Rates vom 7. Oktober 2003 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 218/92	538
Literaturverzeichnis	549
Stichwortverzeichnis	553